

Argument des Tages

KITA-Gebühren abschaffen statt erhöhen

Erfolgreich haben 220.000 Erzieherinnen und Erzieher für eine Lohnerhöhung gestreikt. Nun drohen einige Städte damit, die Gebühren für Kindertagesstätten anzuheben oder den Kita-Ausbau einzuschränken. So wollen sie die Lohnsteigerung der Erzieherinnen und Erzieher auf die Eltern abwälzen. Das ist nicht hinzunehmen. Das Gebot der Stunde heißt: Kita-Gebühren abschaffen, nicht erhöhen. Jedes Jahr zahlen Eltern bereits jetzt zwei Milliarden Euro Gebühren. DIE LINKE sagt unmissverständlich: Frühkindliche Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Die Bundesregierung muss die Kommunen für den Ausbau und den Unterhalt der Kitas ausreichend finanziell ausstatten.

DIE LINKE fordert seit Jahren, dass die Regierung mit den Ländern und Kommunen nicht nur den Ausbau der Betreuungsplätze koordiniert, sondern auch Fragen der Betreuungsqualität und der Bezahlung erörtert. Union und SPD lehnten unsere Anträge im Bundestag mit der Begründung ab, es bestehe kein Handlungsbedarf. Es war die falsche Politik von Union und SPD, die den Streik der Erzieherinnen und Erzieher notwendig gemacht hat.

Die Folgen der Kommerzialisierung

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen stellt die privatgewerblichen Träger der Kindertagesstätten mit den gemeinnützigen und den kommunalen gleich. Damit hält die Gewinnorientierung Einzug in die Kinder- und Jugendbetreuung. Eine solche Profitorientierung führt zu einem Verdrängungswettbewerb zu Lasten der gemeinnützigen und öffentlichen Träger. Lohndrückerei, Kürzungen beim Personal und soziale Ausgrenzung sind die Folge.

Von der Leyen überträgt außerdem den Kitas eine ganze Reihe zusätzlicher Aufgaben, von der Sprachförderung über die Kooperation mit den Grundschulen bis hin zur Elternberatung. Dadurch sind die Anforderungen an das Personal deutlich gestiegen. Sie können nur erfüllt werden, wenn mehr Erzieherinnen und Erzieher eingestellt und qualifiziert werden. Eine individuelle Sprachförderung ist in einer Gruppe von 13 und mehr Schützlingen pro Erzieherin nicht zu machen.

Flächendeckende Kinderbetreuung fehlt

Jenseits der Beteuerungen der Familienministerin ist die öffentliche Kinderbetreuung absolut unzureichend. Das grenzt vor allem Alleinerziehende vom Arbeitsmarkt aus. Union und SPD unterlassen den dringend benötigten Aufbau einer flächendeckenden, gebührenfreien und ganztägigen Kinderbetreuung. Ihr Programm lautet: Allein mit Kind, arm fürs Leben.

Ursula von der Leyen stößt damit Kinder in Armut. Die Hälfte der Kinder in Hartz IV wächst mit nur einem Elternteil auf. Jedes fünfte Kind lebt in Ein-Eltern-Haushalten – Tendenz steigend. Statt einem alten Familienbild hinterher zu rennen, bei dem die Mutter zu Hause bleibt, brauchen wir gebührenfreie Ganztagesbetreuung und eine familienfreundliche Arbeitswelt. Nur so ist es jedem möglich, Familie und Beruf zu vereinbaren.

Gute, gebührenfreie Ganztagsbetreuung für alle

DIE LINKE fordert, dass der Bund die Länder und Kommunen in die Lage versetzt, die gestiegenen Lohnkosten zu übernehmen und gleichzeitig die Kinderbetreuung auszubauen. Die Kinder- und Jugendhilfe darf nicht weiter privatisiert und den Profitinteressen preisgegeben werden. Welche negativen Folgen die Privatisierung hat, ist bei der Rente, im Gesundheitswesen und bei der Bahn hinreichend deutlich geworden.

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen, gebührenfreien Betreuungsplatz für Kinder aller Altersgruppen, unabhängig von der Erwerbssituation der Eltern. Erzieherinnen und Erzieher müssen besser ausgebildet und höher entlohnt werden. Wir wollen eine intensivere Betreuung und ein gebührenfreies, gesundes Mittagessen für jedes Kind.

Redaktionsschluss: 24. August 2009

DIE LINKE.

DIE LINKE - WahlQuartier

Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 009 999 · Telefax: 030/24 110 46
wahlquartier@die-linke.de · www.die-linke.de